

VERANSTALTUNGSBEITRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL
LUCAS SCHRAMM

08.06.2017

www.kas.de/bruessel

„Von der Montanunion zur Industrie 4.0 – Perspektiven europäischer Wirtschaftspolitik“ -

Vortrag von Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

06. Juni 2017 | 19.00 – 22.00 Uhr

Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung Brüssel

Vor über 70 Jahren begann der europäische Integrationsprozess mit einer revolutionären Idee: der Vergemeinschaftung der Kohle- und Stahlindustrie im Rahmen der Montanunion. Zwar diente dieser Schritt primär politischen Zielen, doch stellt er rückblickend auch den Auftakt für eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa dar. Nach den Römischen Verträgen und der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 haben die Mitgliedsstaaten ihre Zusammenarbeit im Laufe der Jahrzehnte auf immer mehr Politikbereiche ausgeweitet. Aktuelle Entwicklungen wie der Brexit, sich verändernde Rahmenbedingungen der globalen Handelspolitik und der Verlust von Industriearbeitsplätzen stellen neue Herausforderungen für den Standort Europa dar, die eine Reihe wichtiger Fragen aufwerfen: Welche Schlüsselindustrien haben wir? Wo liegen unsere Stärken und Potentiale? Auf welche Technologien setzen wir? Und wie erhalten wir unsere Wettbewerbsfähigkeit, gerade um der jungen europäischen Generation Perspektiven zu eröffnen?

Über diese und weitere aktuelle Herausforderungen europäischer Industrie- und Strukturpolitik sprach der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, am 6. Juni 2017 im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung. Herr Tillich wies dabei zunächst auf das grundlegende Dilemma moderner Wirtschaftspolitik hin – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene –, einerseits Arbeitsplätze gerade in traditionellen Industriezweigen erhalten,

andererseits aber auch neue Möglichkeiten nutzen zu wollen.

Eine spezifische Herausforderung auf europäischer Ebene bestehe darin, Politik nicht für einen einzelnen Nationalstaat, sondern für aktuell 28 EU-Mitgliedsstaaten machen zu müssen, so der sächsische Regierungschef. Per Definition bedeute europäische Politik daher das Aushandeln und Finden von Kompromissen und Lösungen, die alle Akteure in größtmöglichem Maße zufriedustellen. Angesichts des unterschiedlichen Verständnisses in den Mitgliedsstaaten in Bezug auf Industriepolitik und das Verhältnis von Staat und Markt ist es unvermeidlich, dass nicht alle Initiativen der Europäischen Kommission auf Zustimmung auf der nationalen oder regionalen Ebene stoßen. Auch Sachsen stellt in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Daher betonte Ministerpräsident Tillich, wie wichtig es ist, das in den europäischen Verträgen verankerte Prinzip der Subsidiarität zu achten und zu wahren, damit etwa die deutschen Bundesländer auf europäischer Ebene ausreichend Gehör finden und sich mit ihren Anliegen durchsetzen können.

Sowohl im Längs- als auch im Querschnittsvergleich stelle die europäische Integration eine Erfolgsgeschichte dar, gerade auch aus wirtschaftlicher Sicht: Niemals zuvor waren die Europäer derart wohlhabend; und kaum eine Region weltweit kann einen ähnlichen Wohlstand aufweisen. Zudem verfügen die europäischen Staaten im globalen Maßstab über eine äußerst moderne Infrastruktur und Produktionsweise. Dennoch ist zu beobachten, dass andere Regionen nach und nach zu den Europäern aufschließen und

EUROPABÜRO BRÜSSEL
LUCAS SCHRAMM

08.06.2017

www.kas.de/bruessel

dass das Phänomen der Globalisierung für viele Europäer unmittelbar erfahrbar wird. Im Zuge der Digitalisierung sei das Wissen der Welt für jeden nun jederzeit und fast überall verfügbar, erklärte Tillich.

Vor diesem Hintergrund sind die Wettbewerbsbedingungen für viele europäische Unternehmen schwieriger geworden. Die Europäische Union und insbesondere die Europäische Kommission haben in den vergangenen Jahren einige Initiativen auf den Weg gebracht, um den Strukturwandel in der Industrie abzufedern und gleichzeitig neue Wirtschaftspotentiale zu eröffnen. Ministerpräsident Tillich plädierte dafür, dass die Politik den Unternehmen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen schafft. Dazu gehören Rechtssicherheit und eine moderne Infrastruktur ebenso wie IT-Sicherheit und eine fruchtbare Kooperation mit den ortsansässigen Hochschulen. Nur so kann es gelingen, die besten Ingenieure und Forscher in der Region zu halten. Von den Unternehmen wiederum erwartet der sächsische Ministerpräsident, dass diese sich der Digitalisierung gegenüber offen zeigen und deren Chancen in den Mittelpunkt ihres Handelns rücken. Gerade in den Bereichen Breitbandausbau und Elektromobilität haben viele deutsche Regionen ein großes Entwicklungspotential.

Aufgabe aller Beteiligten in der EU ist es, auch in Zukunft die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und Standortvorteile zu schaffen. Dazu müssen sowohl die Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene als auch die zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen koordiniert und abgestimmt werden. Mehr denn je stellt die Industrie 4.0 einen kontinuierlichen Prozess dar: Nur in einem investitionsfreudigen Umfeld siedeln sich Unternehmen an, die dann vor Ort Arbeitsplätze schaffen und den Standort durch Innovationen noch attraktiver machen können. Ziel europäischer Industriepolitik muss es auch sein, möglichst viele Abschnitte der Wertschöpfungskette in der EU zu etablieren, so dass nicht nur die Entwicklung eines Produkts, sondern auch dessen Herstellung in Europa erfolgen kann.